

Sind Kreuzbergs Schulen noch zu retten?

Veranstaltung
Donnerstag, 26. Juni 2008
in der Passionskirche am
Marheinekeplatz um 20 Uhr



Kommt **ihr Kind** im Sommer auch in die Schule?

**Sind Sie wütend und ratlos, weil
das Schulamt des Bezirks ihr Kind
einfach einer Schule zugewiesen hat
– gegen ihren Willen?**

Dann geht es Ihnen wie uns:

Von freier Schulwahl keine Spur –
Planwirtschaft pur! Es hagelt Ablehnungen
von den wenigen Wunschschulen. Selbst
Geschwisterkinder werden nicht aufgenommen.

Wer in Kreuzberg schulpflichtige Kinder hat
und sich für deren Bildungsweg interessiert,
hat zwei Möglichkeiten:

1. Wegziehen – zum Beispiel in die „neuen
weißen Mittelschichtsbezirke“ im Osten der
Stadt (Prenzlauer Berg, Friedrichshain).

2. Sich zum Schein ummelden, damit die
Kinder eine Chance haben, auf eine der
wenigen brauchbaren Grundschulen im Bezirk
zu kommen. Seit über zwanzig Jahren läuft
dieses Spielchen – kein Schulpolitiker kann
behaupten, davon nichts gewusst zu haben.

Doch jetzt eskaliert die Situation:

Immer mehr Familien wollen in der Stadt
wohnen bleiben, weil sie hier ihre Arbeit und
ein kulturell offenes Klima haben. Die Stadt
profitiert von diesen oft akademisch gebildeten

oder kreativen Familien: sie verhindern, dass die Innenstadt Berlins sich in Ghettos zerlegt.

Und es handelt sich keineswegs nur um „weiße“ Familien: auch die bildungsbewusste türkische Mittelschicht drängt an die wenigen guten Schulen im Bezirk oder zieht weg.

Das Ergebnis: Einige Grundschulen in Kreuzberg sind hoffnungslos überlaufen – weil sich hier interessierte Eltern und Lehrer über Jahre durch Mundpropaganda zusammen fanden – andere Schulen kippen um in Ghettoschulen.

Und was tun Kreuzbergs Politiker?

Der grüne Bezirksbürgermeister von Kreuzberg schickte sein Kind vor Jahren lieber gleich auf die freie Schule in Tempelhof. Die Schulstadträtin hat keine Kinder. Lediglich fünf der zwölf Schulstadträte der Stadt haben (laut bezirklicher Internetpräsentation) Kinder. Die Schulamtsleiterin unseres Bezirkes kommt vom Rande Ostberlins und würde vermutlich weder ihre Kinder hier einschulen, noch in Kreuzberg leben wollen.

Willkürlich werden von städtischen Verwaltungsleuten Schulbezirke eingerichtet. Die Bezirksgrenzen werden hin und hergeschoben, um die Kinder so zu verteilen, dass der Schein vom friedlichen Multikulti, vom netten Miteinander der unterschiedlichen Kulturen gewahrt bleibt. Wer freie Schulwahl fordert – wie in anderen Bundesländern längst Praxis – muss sich den Vorwurf machen lassen, er sei unsolidarisch mit Migrantenkindern und Kindern aus sozial schwachen oder bildungsfernen Elternhäusern.

Mit diesem Vorwurf lassen wir uns nicht länger mundtot machen!

Was ist das für eine Chancengleichheit, die ein Kind nicht-deutscher Herkunftssprache in einer Schule erhält, in der 75 % oder mehr Kinder nicht-deutscher Herkunftssprache zusammen lernen sollen! Wer von solchen Schulen Integration und Bildungschancen für Migrantenkindern erwartet, ist entweder Zyniker oder verschließt seine Augen vor der alltäglichen schulischen Realität.

Wir wollen es nicht mehr hinnehmen, dass Kinder gegen den Willen ihrer Eltern auf bestimmte Schulen geschickt werden, nur weil das den ideologischen Planspielen einer in Wahrheit desinteressierten Verwaltung in den Kram passt!

Was sollen wir Eltern tun?

Welche kurzfristigen Möglichkeiten gibt es, unseren Kindern doch noch einen gelingenden Schulstart zu ermöglichen?

- Machen gemeinsame Klagen Sinn?
- Können wir „gute“ Schulen überzeugen, noch für das kommende Schuljahr Filialen einzurichten – etwa in den Räumen der Rosegger-Schule? Oder im stillgelegten Flughafen Tempelhof?
- Gibt es die Möglichkeit, die evangelische Schule Kreuzberg noch in diesem Jahr durchzusetzen?
- Welche Strategien waren in anderen Bezirken – z. B. 2007 in Prenzlauer Berg – erfolgreich?

Darüber wollen wir mit IHNEN am

Donnerstag, dem 26. Juni 2008, in der Passionskirche am Marheineke-Platz um 20 Uhr diskutieren.

Neben den betroffenen Eltern sind Lehrer und Schuldirektoren herzlich eingeladen – Politiker und andere Ideologen eher nicht.